UNIVERSITY OF CALIFORNIA
AT LOS ANGELES

Morgen-Ausgabe.
Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Alle Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Sonnabend, 19. September	Nr. 1215

Französische Stimmen zur Rede Blums.

Paris, 18. September. Der **Temps** fertigt trotz gewisser Anerkennungen die Rundfunkrede Léon Blums recht ironisch ab. Das von Léon Blum gewählte Bild der Demokratie der Ordnung, Freiheit und Brüderlichkeit sei sehr schlecht gewesen. Es scheine, als ob Blum von einem übertriebenen Optimismus bei der Beurteilung der Ergebnisse der letzten drei Monate verblendet gewesen sei, oder, was noch schlimmer wäre, er fasse die großen demokratischen Grundsätze nicht in gleicher Weise auf wie die Männer, die das Regime gegründet hätten. Das Eigentumsrecht, das eine Grundlage der Demokratie und der französischen Zivilisation sei, habe gerade in den letzten drei Monaten durch die Besetzungen privaten Besitzes eine starke Beeinträchtigung erfahren. Die persönliche Freiheit der Bürger werde durch das Festhalten der Fabrikbesitzer und Ingenieure, wie z. B. in Lyon, verletzt; die Arbeitsfreiheit sei nur ein leeres Wort und die Verfassungsfreiheit sei jedenfalls lahmgelegt, denn gewisse politische Parteien hätten nicht mehr das Recht, Versammlungen abzuhalten, die von unverantwortlichen Gruppen der Volksfront verboten und verhindert würden. Gewalttätigkeiten ereigneten sich, Blut sei geflossen wie in Lyon, Reims und in anderen französischen Städten. Gegen die Oppositionspresse würden offene Drohungen ausgesprochen; in großen Plakaten verlange man ihr Verbot! Müsse man noch den unglaublichen Skandal erwähnen, der in der augenblicklichen Ausbeutung des Rundfunks bestehe, der zum „Lügenorgan des Staates" geworden sei, so fragt das Blatt? Wolle Leon Blum dies alles etwa „demokratische Ordnung" nennen? Es scheine sich eine neue privilegierte Klasse, nämlich jene, die die Faust im Takt erhebe. Sei das Freiheit und Gleichheit? Und wenn man den Geisteszustand, der in gewissen Volksfrontparteien herrsche, näher betrachte, könne man dann noch von Brüderlichkeit sprechen? Die Wahrheit sei — und es sei unmöglich, daß Léon Blum sich derüber nicht im klaren wäre — daß man seit drei Monaten eine sehr schnelle Zerstörung der Demokratie und der Grundsätze, auf denen sie beruhe, erlebe.

Der „Temps" schreibt zum Schluß, die Gelegenheit wäre eigentlich sehr günstig gewesen, daß der Ministerpräsident das Land gegen das Abgleiten zur Anarchie und zur blinden Diktatur unverantwortlicher Kollektivitäten aufgerufen hätte. Außerdem hätte der Ministerpräsident als Anhänger der demokratischen Lehrsätze den Willen der Regierung proklamieren können, diese zur Anwendung zu bringen und so die öffentliche Ordnung wiederherzustellen. Es bleibe zu bedauerlich, daß Léon Blum diese Gelegenheit nicht benutzt habe und sich mit einer „sehr zerstreuten Vorlesung über die demokratischen Tugenden" und mit einem Optimismus begnügt habe, den die Ereignisse seit drei Monaten oftmals widerlegt hätten.

Auch das rechtsstehende **Journal des Débats** bespricht die Rundfunkrede Léon Blums sehr ironisch. Das Blatt sagt, seine Absicht sei gut gewesen, der Nutzen sei jedoch nur bescheiden. Besonders bemerkenswert sei, daß sich Blum als Anhänger der politischen Freiheit erklärt habe, während seine Regierung auf der heutigen Zusammenarbeit mit den Kommunisten beruhe, die für Freiheit nur eine offen erklärte Mißachtung hätten. Der Ministerpräsident habe von den Ereignissen der letzten drei Monate in Frankreich ein wahrhaft idyllisches Bild gezeichnet: „Reformen seien durchgeführt worden, vor denen die Welt mit Bewunderung stehe . . . . ohne daß es ein einziges Zusammenstoßen zwischen den Bürgern ereignete, ... ohne daß die Ordnung auf der Straße gestört worden sei" usw. Wem wolle Blum diesen phantasievollen Optimismus einimpfen, so fragt das Blatt. Die Spalten der Zeitungen seien mit Nachrichten von Streiks, Schlägereien auf den Straßen, Fabrikbesetzungen, Einschüchterungen, Sowjetfahnen, Inquisitionen oder auch einfachen Arbeitern, die nicht der richtigen Gewerkschaft angehörten, überschwemmt. Léon Blum habe vielleicht nicht die Zeit, nach Lyon zu fahren, aber der Cliché-Platz in Paris sei nicht weit. Es gebe vielleicht noch Verletzte in den Krankenhäusern, die ihm sagen könnten, in welchem Grade die Gewalttaten auf den Straßen herrschen. Natürlich sei dies in Spanien noch besser; man beachte aber bitte, daß auch die spanische Regierung nicht aufhöre, von der Ordnung zu reden, die in Madrid herrsche.

Der beste Teil der Rede Léon Blums — wenn auch schonlich verdreht durch eine **überholte und abgenutzte Phraseologie** und geradezu ironisch wirkend wegen des gelobten Verdienstes des Völkerbundes — sei der Teil über Frankreichs Friedensvillen gewesen. Wenn Blum verlange, andere Regierungen sollten nicht danach trachten, Frankreich ein anderes System aufzudrängen, so sei das nicht überall der Fall. Sowjetrußland habe soeben nicht diesen Vorbehalt. „Haben nicht die Sowjets bei uns und über uns ihre Hand? Muß man einmal mehr erinnern an ihre Broschüren, die so klar sind, und an ihre Fäuste, die geballt sind?" schreibt das Blatt und stellt abschließend fest: Tragisch sei an der Lage Frankreichs, daß unter dem Namen und unter der Verantwortung der gemeinsamen Volksfront sich eine Politik entwickele, deren ganzer Wahnsinn von Chautemps und Delbos klar erkannt werde, und deren Gefahr auch Leon Blum und Salengro zu fühlen beginnen. Aber dies habe nichts mehr gemein mit der durch einen Schwall von Reden verderrlichten Demokratie.

„Liberté" zur Lisser Textileinigung.

Paris, 18. September. Die rechtsstehende Abendzeitung „Liberté" kommentiert die zustandegekommene Einigung im Lisser Textilstreik folgendermaßen: „Der Textilstreik ist theoretisch geregelt. Wir freuen uns darüber umsomehr, als dank der Festigkeit der Industriellen die Prinzipien der Disziplin und Autorität, die durch die Regierungsmethoden so schwer in Gefahr gebracht worden waren, nun öffentlich anerkannt und feierlich bestätigt wurden. Dies besagt, daß die gestern abend zustandegekommene Einigung, über die der Innenminister ohne jegliche Bescheidenheit triumphiert, einen doppelten Mißerfolg für die Regierung bedeutet: einen politischen und einen moralischen Mißerfolg. Einen politischen Mißerfolg, weil zwei Sozialisten, nämlich Léon Blum und Salengro, verantwortliche Minister, die Sorge, einen Einigungsweg zu finden, einem der Leiter der radikalsozialistischen Partei anvertrauen mußten. Einen moralischen Mißerfolg bedeutet sie, weil der Chef der Volksfront die marxistischen Theorien widerrufen, die Autorität der Unternehmer bestätigen und darauf verzichten mußte, die der Wählerschaft gemachten unklugen Versprechungen zu verwirklichen."

Neue Streiks und Betriebsbesetzungen in Frankreich.

Paris, 18. September. Aus Saint Didier wird gemeldet, daß etwa 10 000 Arbeiter der dortigen Textilindustrie die Arbeit niedergelegt und die Betriebe besetzt haben.

Veränderungen im Pariser Zeitungswesen.

Paris, 18. September. Der **Quotidien** veröffentlicht eine Erklärung, daß er für einige Tage sein Erscheinen einstellt.

Eine weitere Veränderung ist bei der rechtsstehenden Zeitung **Homme Libre,** dem ehemaligen Sprachrohr des verstorbenen französischen Ministerpräsidenten Clemenceau zu melden: Die Chefredaktion hat der ehemalige Arbeitsminister Frossard übernommen, der sich zahlreiche radikalsozialistische und unabhängige sozialistische Abgeordnete als Mitarbeiter gewählt hat.

„Temps" über die Hauptprobleme der Genfer Ratstagung.

Paris, 18. September. Im Zusammenhang mit der beginnenden Völkerbundsratstagung befaßt sich der **Temps** ganz allgemein mit der Genfer Einrichtung. Deren Ansehen schreibt das Blatt, sei seit dem Mißerfolg in dem italienisch-abessinischen Streit stark gesunken, müsse aber wieder gefestigt werden. Frankreichs Außenpolitik, die auf der Linie der internationalen Zusammenarbeit mit allen Staaten beruhe, bleibe ungetreu im Rahmen des Völkerbundspaktes.

Aufgenommen seien Fragen, die wegen der Ereignisse der letzten Monate und Wochen in Vergessenheit geraten waren, wieder in den Vordergrund zu stellen. Hierher gehöre eine bessere Organisierung der Sicherheit durch eine klare Ergänzung der Völkerbundsverpflichtungen und eine vorsichtige Abrüstungsbegrenzung. Die Beratungen außerhalb der eigentlichen Sitzungen des Völkerbundsrates und der Vollversammlung würden ohne Zweifel viel wichtiger für die internationale Entwicklung sein als die eigentlichen Völkerbundsarbeiten. Allerdings müsse sich auch der Völkerbundsrat mit auch die Vollversammlung mit einigen wichtigen und heiklen Fragen zu beschäftigen haben, um gewisse Komplikationen zu vermeiden.

Eines der Hauptprobleme sei die Frage der Zulassung der abessinischen Abordnung. Italien werde sich bekanntlich jeder Mitarbeit in Genf enthalten, wenn der Negus hier vertreten sei, und es bestehe weiter darauf, daß die abessinische Angelegenheit endgültig geregelt werde. Für den Völkerbund sei es aber schwierig, jetzt einfach die vollendete Tatsache anzuerkennen. Aber schließlich müsse man doch feststellen, daß die neue Abessinien heute nicht mehr gestatte, die vom Negus ernannte Abordnung als Vertretung eines regelrechten und souveränen Staates zu betrachten, da dieser Staat garnicht mehr bestehe. Es sei also zu hoffen, daß der Mandatsausschuß des Völkerbundes diese Schwierigkeit ohne neue Zwischenfälle lösen könne, die nur eine weitere Entfernung Italiens von Genf hervorrufen würden.

Die andere heikle Frage sei der spanische Bürgerkrieg. Der „Temps" hofft, daß niemand so kurzsichtig sein möge, um von der Tribüne der Völkerversammlung heraus dieses Problem anzuschneiden. Denn der spanische Bürgerkrieg sei eine innerpolitische Angelegenheit Spaniens, und der Völkerbund habe dort nicht einzugreifen. Irgendeine Initiative in dieser Richtung würde nur das von den Mächten zustandegebrachte Nichteinmischungsabkommen gefährden.

Kriegsrechtsvorbereitungen in Palästina.

London, 19. September. Wie verlautet, wurden in der gestrigen Kabinettssitzung auch die Pläne und Vorbereitungen für die Verkündung des Kriegsrechts in Palästina abgeschlossen.

Daily Telegraph meldet, das Kriegsrecht werde nicht sofort verhängt werden, jedoch seien alle Vorbereitungen getroffen, um die Verkündung binnen sehr kurzer Zeit durchführen zu können, falls nicht eine merkbare Verminderung in der Stellungnahme der Araber eintrete. Auf arabischer Seite hätten sich mäßigende Einflüsse geltend gemacht, und die britische Regierung wünsche keine Gelegenheit zu versäumen, um diesen günstigen Gefühlen zu schenken.

Wie die **Morning Post** meldet, enthalten die Pläne für die Verhängung des Kriegsrechts nachdrückliche Vorsichtsmaßnahmen gegen die Möglichkeit eines allgemeinen arabischen Aufstandes im Nahen Osten. Diese Gefahr werde allerdings zurzeit nicht für sehr groß gehalten. Man glaube, daß König Ibn Saud seinen Einfluß vermende, um ernstliche Unruhen in der nahen Zukunft zu verhindern.

Englische Rechtsstudenten von der Deutschlandreise zurück.

London, 18. September. Die 20 englischen Rechtsstudenten, die kürzlich in Begleitung von fünf englischen Anwälten als Gäste des Deutschen Juristenbundes Deutschland einen Besuch abgestattet hatten, sind wieder in England eingetroffen. Der Reiseleiter dieser Gruppe, Kidd, der auch am Reichsparteitag in Nürnberg teilgenommen hat, äußerte sich dem Evening Standard gegenüber über seine Eindrücke. Er erklärte, daß ihn am meisten die Arbeitsdienstlager interessiert hätten. Sämtliche Arbeitsdienstmänner, mit denen er gesprochen habe, schienen außerordentlich gesund und glücklich zu sein. Sie seien mit Entwässerungsarbeiten an der Ostseeküste beschäftigt gewesen und hätten ihrem Stolz darüber Ausdruck gegeben, daß sie das deutsche Gebiet auf diesem friedlichen Wege vergrößern könnten. Andere Arbeitsdienstmänner hätten Ausrodungsarbeiten in der Nähe von Nürnberg für die schöne neue Autostraße durchgeführt, die die deutsche Regierung in den dort gelegenen Wäldern baue.

Das Befinden Titulescus.

St. Moritz, 18. September. Das Befinden Titulescus ist unverändert. Er leidet an großer Schwäche, da er nur wenig Nahrung aufnimmt. Außer den beiden Spezialärzten, die ihn bisher behandeln, soll noch ein dritter Arzt hinzugezogen werden.

Maßnahmen gegen den Kommunismus in Griechenland.

Athen, 18. September. Die Regierung hat ein Gesetz erlassen, das strenge Maßnahmen gegen den Kommunismus enthält. Kommunistische Staatsangestellte werden darin mit besonders strengen Strafen bedacht. Alle Versammlungen in geschlossenen Räumen oder unter freiem Himmel sind verboten. Die Frage des Gastrechts und die Tätigkeit ausgewiesener Kommunisten unterliegt der Entscheidung des Ministers für die öffentliche Sicherheit.

Das Diplomatische Korps kehrt nicht zurück.

St. Jean de Luz, 18. September. Am Freitag nachmittag fand in St. Jean de Luz eine Sitzung des Diplomatischen Korps statt, in der die Forderung der Madrider Regierung, die diplomatischen Vertreter möchten nach Madrid zurückkehren, da sie nur auf spanischem Gebiet weilende Diplomaten weiter anerkennen könne, abgelehnt wurde. In Anwesenheit von 13 Missionschefs, darunter sechs Botschaftern, wurde einstimmig erklärt, daß die Verhältnisse, die seinerzeit die Uebersiedlung der diplomatischen Vertretungen von spanischem Gebiet nach St. Jean de Luz veranlaßten, sich nicht geändert hätten. Das Diplomatische Korps beschloß außerdem, auf die Forderung der Madrider Regierung nicht zu antworten, da sie jeder rechtlicher Grundlage entbehre.

An der Sitzung nahmen teil die diplomatischen Vertreter von Argentinien, England, Vereinigte Staaten, Italien, Frankreich, Belgien, Norwegen, Tschechoslowakei, Schweden, Japan, Holland, Venezuela und Finnland.

Auseinandersetzungen unter den Noten in Malaga.

London, 18. September. Das britische Schlachtschiff „Queen Elizabeth", das erst am Donnerstag aus Malaga in Gibraltar eingetroffen war und als nächsten Bestimmungshafen Malta anlaufen sollte, ist am Freitag früh in Begleitung eines Zerstörers unerwartet nach Malaga zurückgekehrt.

Wie Reuter aus Gibraltar meldet, ist es in Malaga zwischen den einzelnen Truppen der Roten zu außerordentlich schweren und verlustreichen Straßenkämpfen gekommen. Einer späteren Meldung zufolge hat der Zivilgouverneur der Stadt die Regierung in Madrid um sofortige Entsendung von Verstärkungen ersucht, weil etwa 600 Mann der Miliz alle Anstalten trafen, sich den Truppen der Nationalisten zu ergeben.

Bewaffnete Fischdampfer der Marxisten näherten sich am Freitag vormittag unter dem Schutz dichten Nebels der spanischen Küste nordöstlich von Gibraltar und schossen aus großer Nähe etwa 20 Salven ab, die die Mauern des Krankenhauses in La Linea trafen. Das Hauptziel des Angriffes, der infolge des Nebels nur schlecht abgewehrt werden konnte, war der Küstenort La Alunara, der von der Bevölkerung teilweise geräumt wurde.

Der Alcazar zum Teil gesprengt.

Paris, 18. September. Wie aus Toledo gemeldet wird, unternahmen Freitag nachmittag etwa 200 marxistische Milizsoldaten und Sturmtruppen, nachdem ein großer Geschützturm und ein weiterer Teil des nach Süden liegenden Alcazar durch eine Mine gesprengt worden waren, einen Sturmangriff auf die rauchenden Trümmer. Nach einem verzweifelten Kampf der noch überlebenden Nationalisten sei es den Sturmtruppen gelungen, die Fahne der spanischen Republik auf den Mauern zu hissen. Die Roten sind, die solange in den Kellergewölben des Alcazar eingeschlossen waren, seien lebend ans Tageslicht gebracht worden. Ein Teil des Alcazar sei nach wie vor in den Händen der Nationalisten. Etwa 100 Mann verteidigten sich weiterhin in einem Gewölbe.

Die Sprengung sei bis Gelafe in der Umgebung von Madrid gehört worden. Eine riesige Feuer- und Rauchsäule sei aufgestiegen, die kilometerweit zu sehen gewesen sei. Ein Echturm sei völlig in die Luft geflogen und ein großer Teil des Alcazar sei eingestürzt. In Toledo seien sämtliche Fensterscheiben geborsten.

Ueber die Sprengung des Alcazar meldet der Sonderberichterstatter von Havas aus Toledo, daß von roten Bergleuten in tagelanger Arbeit ein Stollen in den Fels getrieben worden sei, in dem dann mehrere hundert Kilogramm Dynamit zur Explosion gebracht wurden. Die Wirkung war furchtbar. Die meterdicken Mauern des Alcazar sind an drei Seiten völlig zerstört und bilden nur noch riesige Schutthaufen. In sämtlichen Straßen von Toledo und auf den Dächern der Häuser liegen große Steinblöcke. Wie der Havas-Berichter weiter berichtet, seien a. a. Teile eines Kraftwagens aus dem Hof der Festung bei der Explosion über 200 m weit auf das Dach einer Kaserne geschleudert worden. Sämtliche Fensterscheiben in der Stadt wurden durch den gewaltigen Luftdruck zertrümmert und die Zivilbevölkerung in zahlreichen Häusern aufgelegt. Man habe schließlich eine mächtige, über 100 m hohe Feuer- und Rauchsäule, vermengt mit Steinen und Gegenständen aller Art sehen, können.

Gleich nach der entsetzlichen Explosion sollen Anarchisten und Marxisten einen Wettlauf angetreten haben, um als Erste ihre roten Fahnen auf den Trümmern des Alcazar zu hissen. Die Nationalisten hätten sich aber in den geborstenen Mauern noch weiter verteidigt, und stundenlang habe ein erbitterter Kampf um jeden Stein getobt. Schließlich sei den Marxisten der Beweis zum Rückzug erteilt worden. Denn habe der Artillerie erneut einen Hagel von Geschossen auf den Trümmerhaufen des Alcazar und die umliegenden Häuser gerichtet. Durch unterirdische Gänge sei es einem Teil der Nationalisten gelungen, in die Häuser einzudringen, obwohl sie bereits in Brand gesteckt worden seien.

In dem Havas-Bericht heißt es dann weiter, daß der Kampf von 10 Uhr ab bis zum Nachmittag getobt habe. Gegen 17 Uhr seien die roten Angreifer wieder zum Sturm angetreten. Bei Einbruch der Dunkelheit habe man den Eindruck gehabt, daß es den Roten gelungen sei, ihre Positionen beträchtlich zu verbessern. Leider der Nationalisten habe auf dem ihm angewiesenen Platz gestampft, bis er getötet worden sei. Für Sonnabend früh sei ein erneuter Angriff auf die Ruinen des Alcazar geplant. Der kommunistische Landwirtschaftsminister Uribe, der sozialistische Abgeordnete Zanzito und der Zivilgouverneur der Provinz Toledo hätten der Sprengung des Alcazar am Freitag früh beigewohnt. Man nimmt an, daß die Verluste der Nationalisten sehr groß sind.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.